



## Papst Franziskus:

### „Was habt ihr aus Europa gemacht?“

## Österreich im Umbruch – Neue Regierung und Kerns „New Deal“ – Überlebt Rot-Schwarz?

*Soziallehre ein Wertefundament für das 21. Jahrhundert-Reichsbund und KummerInstitut für zeitnahe Allianzen von Kirche, Staat und Gesellschaft – In Europa bedrohen wie in der Zwischenkriegszeit Nationalismus und Rechtsbündnisse demokratische Strukturen.*

*Aktuelle Meinungen zum politischen Umbruch in Gesellschaft und Staat.*

**D**er Papst stellte diese sorgenvolle Frage an die Delegation hoher europäischer Vertreter in Rom bei der Verleihung der höchsten europäischen Würdigung.



Gleichzeitig befindet sich die Europäische Union in einer schweren Krise und droht zu zerbrechen.

WALTER RAMING

In Österreich verspricht Kerns Regierung einen „New Deal“. Die Fortsetzung der Koalition wird feierlich versprochen aber insgeheim an neuen politischen



Papst Franziskus

Allianzen mit der FPÖ gebastelt. Frank Stronach verlässt nach der nächsten Nationalratswahl die aktuelle Politik.

Der Reichsbund wird im Oktober im Stift Heiligenkreuz mit Bundespräsident Prof. Weiler sein Erbe deponieren und mit Stolz auf seinen Beitrag zur christlich-sozialen Geschichte Österreichs verweisen.

Bei Redaktionsschluss (7.6.2016) zeichnen sich Perspektiven ab, die angesehene politische Beobachter dokumentierten. So der Chefredakteur der „Presse“ Rainer Nowak.

### SPÖ und ÖVP können nicht koalieren

*Mit dem Rechnungshof-Präsidenten endet die rot-schwarze Liebe schon wieder. Die beiden Parteien finden nicht einmal einen gemeinsamen Kandidaten.*

03.06.2016 | 18:52 |  
Rainer Nowak (Die Presse)



BK Kern, VK Mitterlehner

Die Formulierung ist klar: „Die in diesem Vertrag vereinbarte Zusammenarbeit zwischen der SPÖ und der ÖVP gilt als beendet, wenn gegen den Willen einer Koalitionspartei im Plenum oder in den Ausschüssen des Nationalrats mit Stimmen

von Abgeordneten der anderen Koalitionspartei ein Beschluss gefasst wird.“

ÖVP-Klubchef Reinhold Lopatka hat das Regierungsabkommen aber vermutlich nicht

(Fortsetzung auf Seite 2)

### Aus dem Inhalt:

Österreich im Umbruch .....	Seite 2/5/6
Dr. Rudolf Weiler .....	Seite 3
Charlys Tagebuch .....	Seite 4
Transparenz bis zum teller .....	Seite 6
Reichsbund intern .....	Seite 7

## „New Deal“?

(Fortsetzung von Seite 1)

gelesen. Oder er will – gemeinsam mit seinem Gegenüber Andreas Schieder – die Regierung Kern nach gerade einmal zwei Wochen stürzen. Bravo.

Aber der Steirer sitzt auch nicht in der Regierung, sondern im Parlament, wo er mehr mit Abgeordneten des Teams Lopatka – früher bekannt als Team Stornach – denn mit Sozialdemokraten verkehrt. Anders ist nicht nachzuvollziehen, warum Lopatka mit Verhandlungsgeschick und in gewohnter Manier des Frank Underwood der Regionalliga Süd eine schwarz-blaue-wa-sauchimmer Mehrheit für seine Rechnungshof-Kandidatin, Helga Berger, geschmiedet hat. Am kommenden Donnerstag wird sich weisen, ob sie auch hält und ob es der ÖVP gelingt, Christian Kern eine erste symbolische Niederlage zuzufügen.

Dieses Motiv wird – neben dem machtpolitischen Aspekt – in der ÖVP einigermaßen unverhohlen formuliert. Die Begeisterung vieler Medien über den Neuen an der SPÖ-Spitze und die leicht unbeholfenen Versuche Reinhold Mitterlehners, den neuen Kanzler so innig zu umarmen, bis sich dieser auch für schmerzliche Reformen erwärmt, haben in der ÖVP offenbar unschöne Emotionen ausgelöst. Es steckt auch ein strategisches Kalkül dahinter: Nicht wenige in der ÖVP fürchten, als beflissener Juniorpartner an der Seite von „Magic Christian“ (© Josef Urschitz) marginalisiert zu werden und in einer Duellsituation zwischen Kern und Heinz-Christian Strache unterzugehen wie Andreas Khol in der Präsidentschaftswahl.

Christian Kern hat in seiner viel beachteten Antrittsrede die Kurzatmigkeit und Hysterie der Medien angesprochen, denen er sich entziehen wolle. Nun, die Medien benötigt dafür keiner mehr. Im Gegenteil: Vor weniger als zwei Wochen haben SPÖ und ÖVP – auch ein mit

viel Kreide versorgter Reinhold Lopatka – geschworen, auf einen neuen konstruktiven Kurs einzuschwenken, den alten Intrigen und Streitereien abzuschwören. Nur Tage später gehen beide Parteien wegen der Besetzung eines einzelnen Jobs mit verschiedenen Kandidaten aufeinander los. Es fällt einem Journalisten schwer, diese Mischung aus Verlogenheit und Kurzatmigkeit einem normal denkenden Leser zu erklären. Denn es kann sich dabei nur um niedere Instinkte handeln.

Natürlich trägt auch die Kanzlerpartei Schuld an der verfahrenen Situation. Professionell oder kompromissbereit agierte die SPÖ nicht, suchte viel zu lang und lang erfolglos eine Kandidatin. Die des Koalitionspartners lehnt die SPÖ kategorisch ab. Wer den stolzen Klubobmann Andreas Schieder in den vergangenen Wochen beobachten durfte, erlebte den wichtigsten Parlamentarier einer Partei, die unbemerkt offenbar wieder allein regiert. Längst streuen übrigens manche in SPÖ und „Krone“, dass Josef Ostermayer eine solche Situation, wie sie nun um den Rechnungshof-Präsidenten droht, im Ansatz verhindert hätte.

Das alles zeigt: Christian Kern wird das machen müssen, was Reinhold Mitterlehner in der Frage Rechnungshof-Präsidentin nicht mehr geschafft hat: hart durchgreifen und die Partei auf Linie bringen – selbst wenn es um einen ungeliebten Kompromiss oder scheinbares Nachgeben geht. Die nächste Station wartet mit der Küniglberg-Wahl schon.

Die ÖVP spielt ihr altes Spiel: In der Zuversicht, die SPÖ würde Neuwahlen und die FPÖ noch mehr fürchten als sie selbst, könne man sich weit aus dem Fenster lehnen. Dem Vernehmen nach sollen gerade dabei aber nicht wenige Schwarze schon verunglückt sein.

Fest steht: Am sinnlosesten und dümmsten sind folgende Wahlabendsprüche: „Wir haben die Botschaft verstanden. Wir nehmen die Niederlage

ernst. Wir werden uns ändern.“ Das sind dreiste Lügen. Ihr habt gar nichts verstanden. Und ihr könnt euch einfach nicht ändern.

E-Mails an:  
rainer.nowak@diepresse.com

## „Das ist nur die halbe Wahrheit“

**Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) hat am Montag seinen Vorstoß verteidigt, Flüchtlinge bereits im Mittelmeer abzufangen, direkt in ihre Heimatländer zurückzubringen oder sie auf Inseln zu internieren. In Australien, wo dieses Modell praktiziert wird, sei schon seit Jahren niemand auf der Überfahrt ertrunken.**

Im Gegensatz dazu seien allein in den vergangenen Wochen Hunderte Menschen bei der Überfahrt über das Mittelmeer ertrunken, so Kurz in der ZIB2. „Man sollte nicht den Fehler machen zu glauben, dass unser System perfekt ist.“ Er kenne die Kritik, „aber das ist nur die halbe Wahrheit“, sagte der Außenminister zum harschen Umgang Australiens mit Bootsflüchtlingsen. Er sage „nicht, dass die Unterbringung in Australien in Ordnung ist“. Europa sollte diesbezüglich „wesentlich besser und menschlicher sein“.

Beitrag aus ZIB 2, 06.06.2016

### Außenminister Kurz in der ZIB2

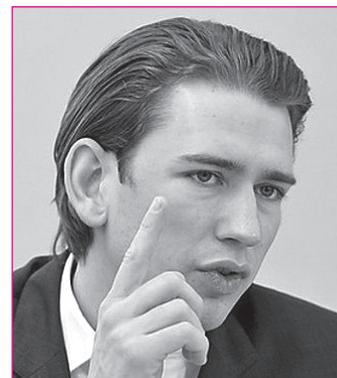
Die Rettung aus dem Mittelmeer dürfe kein Freifahrtschein nach Europa sein, so Außenminister Kurz, der in der ZIB2 seine Pläne vom Wochenende verteidigte.

„Die Rettung aus dem Mittelmeer darf kein Ticket nach Mitteleuropa bedeuten“, bekräftigte Kurz seinen umstrittenen Vorschlag zur sofortigen Rückführung oder Internierung von im Mittelmeer aufgegriffenen Flüchtlingen. Der ÖVP-Politiker warnte davor, dass die Flüchtlingsbewegungen wieder zunehmen werden. „Was im letzten Jahr stattgefunden hat, war nur ein Vorgeschmack“, betonte der Außenminister. Er kritisierte, dass derzeit Schleppe „entscheiden, wer durchkommt, und nicht wir als Staat“.



### Mehr Flüchtlinge legal aufnehmen

Nach den Vorstellungen des Außenministers sollen die EU-Staaten ähnlich wie Australien mehr Flüchtlinge über Resettlement-Programme aufnehmen. In Österreich „sind jedenfalls 10.000 bis 15.000 Menschen pro Jahr bewältigbar“, betonte Kurz. Im Vorjahr habe man 1.500 Flüchtlinge über Resettlement aufgenommen, während 90.000 Menschen illegal gekommen seien. Resettlement-Programme hätten den Vorteil, dass man sich die Flüchtlinge aussuchen, sie gefahrlos ins Land bringen und auch die Integrationsmaßnahmen vorbereiten könne.



BM Sebastian Kurz

Angesprochen auf die Kritik aus Teilen der SPÖ sagte Kurz, er habe ein „gutes Gespräch“ mit Kanzler Christian Kern (SPÖ) gehabt, mit dem er „in vielen Fragen“ übereinstimme. Kurz betonte, dass er in der Flüchtlingsfrage auch mit Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ) „stark auf einer Linie“ sei. Dieser habe dem NATO-Generalsekretär in der Vorwoche ähnliche Vorschläge in Bezug auf Libyen gemacht, habe aber „nicht australisches Modell dazu gesagt“. Zum Vorhalt, dass er der beste Mann der FPÖ in der Regierung sei, meinte Kurz, in puncto Resett-

(Fortsetzung auf Seite 5)

## Liebe Bundesschwestern und -brüder!

Am 8. Dezember 1965 beendete Papst Paul VI. feierlich das 2. Vatikanische Konzil. Es hatte neben seinen großen Dokumenten u.a. die Schaffung einer „Bischöflichen Synode für die Weltkirche“ vorgesehen. Diese hat Papst Franziskus Gelegenheit gegeben zwei Sitzungen der Weltbischofssynode „Zur Familie“ zum Oktober 2014 und 2015 einzuberufen. Als offizielles Schlussdokument publizierte Papst Franziskus im April 2016 ein nachsynodales Apostolisches Schreiben zu Ehe und Familie unter den Titel „Amoris laetitia“ (Freude der Liebe). Dies geschah in seinem vierten Amtsjahr als Papst. Es ist jetzt sein drittes großes Schreiben. **Jugend und Eltern, das betrifft doch uns, die Schwestern und Brüder im Reichsbund!** In der Zeitung der Erzdiözese Wien „DER SONNTAG“ / 15.5.2016 lesen wir u.a. ....

**A**lles gesagte reicht nicht aus, um das Evangelium Ehe und Familie zum Ausdruck zu bringen, wenn wir nicht eigens darauf eingehen, von der Liebe zu sprechen. Denn



EM.O. UNIV.-PROF. PRÄLAT DDr. RUDOLF WEILER

wir können nicht zu einem Weg der Treue und der gegenseitigen Hingabe ermutigen, wenn wir nicht zum Wachstum, zur Festigung und Vertiefung der ehelichen und familiären Liebe anregen. Tatsächlich ist die Gnade des Ehesakramentes vor allem dazu bestimmt, „die Liebe der Gatten zu vervollkommen“. Auch hier trifft zu: „Wenn ich alle Glaubenskraft besäße und Berge damit versetzen könnte, hätte aber die Liebe nicht, wäre ich nichts. Und wenn ich meine ganze Habe verschenkte und wenn ich meinen Leib dem Feuer übergäbe, hätte aber die Liebe



nicht, nützte es mir nichts“ (1 Kor 13, 2-3). Doch das Wort „Liebe“, eines der meist gebrauchten, erscheint oft entstellt (Franziskus „Amoris laetitia“, Nr. 89).

In den sogenannte Hymnus des heiligen Paulus sehen wir einiges Merkmale der wahren Liebe: „Die Liebe ist langmütig, die Liebe ist gütig. Sie ereifert sich nicht, sie prahlt nicht, sie bläht sich nicht auf. Sie handelt nicht ungehörig, sucht nicht ihren

Vorteil, lässt sich nicht zum Zorn reizen, trägt das Böse nicht nach. Sie freut sich nicht über das Unrecht, sondern freut sich an der Wahrheit. Sie erträgt alles, glaubt alles, hofft alles, hält allem stand (1 Kor 13, 4-7)“. Das wird mitten im Leben gelebt und gepflegt, in dem Leben, das die Eheleute untereinander und mit ihren Kindern Tag für Tag teilen. Darum lohnt es sich, dabei zu verweilen, den Sinn der Begriffe

dieses Textes genauer zu bestimmen, um eine Anwendung auf das konkrete Leben jeder Familie zu versuchen („Amoris laetitia“, Nr.90). Der ganze Text: Herder Buch „Papst Franziskus, Amoris laetitia, Freude der Liebe“.

Einen schönen Sommer wünscht

Euer Rudolf Weiler

# Charlys Tagebuchnotizen

Jetzt haben wir den Kaf-fee“ – ein guter Werbe-slogan vor der Bundespräsi-dentenwahl. Und auch nachher! Die Wahl zwi-schen Norbert Hofer und Alexander van der Bellen war ja äußerst schwierig.



Ich hatte öf-fentlich ange-kündigt, weiß zu wählen und musste mich natür-lich daran

MAG. FRANZ KARL

halten, denn die Wahl zwi-schen einem Rechtsaußen und einem links-linken Ver-treter hatte ich die Wahl zwischen Pest und Cholera (die beiden Herren mögen entschuldigen) genannt. Aber groß war mein Erstaun-en, als nach dem 1. Wahl-gang ich dem Telefon- und e-Mail-„Terror“ ausgesetzt war. Viele, die meinen Le-serbrief gelesen hatten, bombardierten mich, van der Bellen zu wählen, nie-mand sprach mich positiv auf Hofer an. Und ich ärger-te mich „grün und blau“ – hat mich jemand darauf an-gesprochen, Khol oder ir-gendwann die ÖVP zu wäh-len. Ganz im Gegenteil, im 1. Wahlgang bombardierten mich prominente ÖVPLer Frau Griss zu wählen. Wahrscheinlich wäre es bei schwachen Regierungslei-stungen so nicht möglich ge-wesen, Khol oder Hundstor-fer durchzubringen, trotz-dem: Es war ein ungeheuer Skandal, was Meinungsfor-scher, Zeitungen – beson-ders die intellektuell hoch-stehende KRONE, ÖSTER-REICH und HEUTE, aber auch KURIER und PRESSE,

sogenannte bürgerliche Zei-tungen – und natürlich der ORF, Puls 4 und andere Sender an Manipulation be-trieben. Und besonders är-gerlich, weil Andreas Khol sachlich eindeutig der beste Kandidat war. Hundstorfer war in seinem Auftritt schwach, trotzdem hätte ich ihn gewählt, wenn er (ohne Khol) in die Stichwahl ge-kommen wäre. Ja – und jetzt ist eben van der Bellen Bundespräsident. Zum Unterschied zur Waldheim-Wahl, wo die „linken roten und grünen Gfrieser“ sechs

kope zu bewerten etc. etc. – noch dazu vor Publikum – lächerlich.

**Einschub:** Die Sucht des ORF alles vor Publikum zu machen, ist totaler Unsinn. Was war z.B. „im Zentrum“ für eine gute Sendung, als sie noch im „Haas-Haus“ ohne Publikum ausgestrahlt wurde. Heute – mit Publi-kum, die an den falschen oder entsprechend ihnen ge-nehmen Stellen unnötig klatschen – dient sie nur mehr der Verblödung der Bevölkerung! Erstaunlich auch die Aussagen fast aller

einen Heurigen in Grinzing oder Perchtoldsdorf – kein Platz zu bekommen. Und das sind nicht die überbe-zahlten Politiker und Generaldirektoren. Oder die Pen-sionsreform! Sparen, sparen, sparen – gut! Aber von den budgetierten Geldern bleibt immer etwas über! Und schließlich die „viel-zitierte“ Bildungsreform! Wenn die ÖVP nicht total umfällt, wird man sich hier nicht einigen können. Zwi-schen Neuer Mittelschule und Gymnasium gibt es kei-nen Kompromiss. Ich frage mich ja immer, was unsere „Bildungsexperten“ Salcher und Androsch denken, ich glaube, sie denken nur an ihre Popularität und Ver-kaufserlöse, aber nicht an die Zukunft dieses Landes. Besonders verwundert bin ich über die Industriellen-vereinigung, die ja die NMS fördert. Ich denke, ihre Mo-tivation ist, wir brauchen mehr lesende und rechnen-de Lehrlinge, aber was an den Unis passiert ist uns egal. Trotzdem bin ich voll Hoffnung, dass Kern und Mitterlehner was weiter-bringen und wir 2018 kei-nen Bundeskanzler Hofer (denn den werden sie auf-stellen) bekommen. Im üb-rigen ist eine blau-schwarze Koalition undenkbar, even-tuell denkbar wäre wie 2000 schwarz-blau, wenn auch ohne Schlüssel schwer vor-stellbar. Darum schließe ich mit einem Wort Schüssels aus der heutigen deutschen Zeitung „DIE WELT“: „Ös-terreich ist und bleibt ein wunderbares, stabiles euro-päisches Herzland. Kommt und seht!“



## NEUE MITTELSCHULE

Jahre lang erklärten, er ist nicht unser Präsident, ist er natürlich mein Präsident, auch wenn ich ihn nicht ge-wählt habe. (Übrigens eine USA-Schande: Der tote Waldheim steht noch immer auf der Watchlist! Wird ihn nicht mehr sehr stören!) Das einzige, was ich VdB zugu-te halte, ist seine Haltung zu Europa. Jetzt noch einige Worte zum Wahlkampf: Laut Häupl ist das die Zeit fokussierter Blödheit (er sagte es vielleicht ein biss-chen feiner!). Die Kandida-ten kochen zu lassen, regio-nale Dialekte zu sprechen, Witze zu erzählen, Horos-

Kandidaten: Gerade dass sie nicht beim Augenlicht ihrer Kinder schworen, TTIP nicht zu unterzeichnen, aber auch andere Äußerungen zu Islam, Flüchtlingen, Gen-der, Gentechnik, Atom-kraftwerken in der EU oder Globalisierung waren ext-rem KRONE-konform – Populismus schau oba! Zu-gegeben: Die Politik der Bundesregierung war nicht berauschend, aber so schlecht wie dargestellt und bestraft war sie auch wieder nicht. Fünf Milliarden Euro in der Steuerreform, aber allen geht es schlechter! Ge-hen sie einmal mittags in

## „Red Tape“

(Fortsetzung von Seite 2)

lement und Entwicklungszusammenarbeit „ist meine Position eher mit der Position der Grünen zu vergleichen“.

**Experte: „EU würde gegen Recht verstoßen“**

Kurz' Vorschlag ist nach Ansicht des Verfassungsrechtlers Walter Obwexer europarechtswidrig. „Die EU würde mit dem von Kurz vorgeschlagenen Vorgehen (...) gegen eigenes Recht verstoßen“, sagte Obwexer der „Wiener Zeitung“ (Dienstag-Ausgabe).

Zuvor hatte schon die EU-Kommission klargestellt, dass Australien kein Modell für Europa sein könne. Eine Sprecherin verwies auf die Erfordernisse des Völkerrechts und das Prinzip des „non refoulement“ von Flüchtlingen. Auch ein Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sehe vor, dass man Hilfesuchenden die Möglichkeit geben müsse, Asyl zu beantragen, wenn man in seinen Hoheitsgewässern Boote stoppe.

**Mogherini: Vollkommen außerhalb der Realität**

EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini übte am Dienstag indirekt Kritik am Vorschlag von Kurz. Viele Politiker in Europa würden mehr auf Slogans setzen, anstatt „wahre Antworten“ zu suchen, kritisierte Mogherini in der italienischen Tageszeitung „La Stampa“. Man müsse Verantwortung übernehmen und den Bürgern die Wahrheit sagen – „und zwar, dass das Migrationsphänomen riesig und kompliziert ist, dass es nicht verschwinden wird, jedoch gemeistert werden kann. Es gibt weltweit 70 Millionen Flüchtlinge, die nicht wie durch ein Wunder plötzlich verschwinden werden. Es ist kurzfristig, dies nicht zu sehen“. Wer sich in seinen eigenen Grenzen einmauere, sei „vollkommen außerhalb der Realität“, so Mogherini.

Die EU-Außenbeauftragte lobte die Bemühungen der libyschen Regierung zur Übernahme der Kontrolle im Krisenland. „Es ist wichtig, dass die Libyer ihre Küste kontrollieren und im Kampf gegen Schlepper ihren Beitrag leisten. Doch das genügt nicht“, meinte Mogherini. Der Schlüssel sei, die Flüchtlingsströme aus dem Süden zu kontrollieren. „Die Grenze Nigerias ist der Schlüssel für uns Europäer und für die Afrikaner“, sagte Mogherini.

**Merkel: Konkrete Vorschläge nicht bekannt**

Zurückhaltender fiel die Reaktion aus Deutschland aus. Berlin habe die Medienberichte „zur Kenntnis genommen“. Aber: „Konkrete Vorschläge Österreichs zur Beratung in den europäischen Gremien sind uns noch nicht bekannt“, sagte der Sprecher von Kanzlerin Angela Merkel (CDU). „Das ist eine europäische Diskussion, die zu führen ist im Rahmen der ohnehin anstehenden und wichtigen Diskussion über eine Neufassung des europäischen Asylrechts.“

## Daten widersprechen Klischee

**„Brüssel fährt über die Mitgliedsländer drüber“, „nimmt keine Rücksicht auf die Bedürfnisse und Forderungen der Bürger“, „Brüssel will den nationalen Regierungen die Macht wegnehmen“ und ist ein „Bürokratiemonster“, das „die Vereinigten Staaten von Europa schaffen will“ – diese geradezu klassischen Vorwürfe werden derzeit so häufig wie selten zuvor erhoben.**

Zusätzliches Gewicht erhalten sie durch die aktuelle politische Gemengelage: Die Flüchtlingskrise fordert das solidarische Politsystem Europas bis an seine Grenzen, und vor allem die Folgen der Finanzkrise bedrohen weiterhin Millionen Bürger. Populisten – ob rechts oder links der Mitte – haben so viel Auftrieb wie seit Langem nicht mehr. Dazu kommt das „Brexit“-Referendum, also die Fra-

ge, ob Großbritannien in der EU bleibt oder sich aus dem Staatenbund verabschiedet.

Der britische Premier David Cameron, der sein Land und vor allem seine Partei, die konservativen Tories, auf einen Pro-EU-Kurs zu bringen versucht, übte in den letzten Jahren selbst scharfe Kritik an der Union.

**Böses „Red Tape“**

Eine seiner Hauptforderungen: Brüssel müsse „Red Tape“ (etwa: Amtsschimmel) zurückstutzen – anders gesagt: Eine weitreichende Entbürokratisierung muss her. Den Hauptschuldigen dafür haben Cameron und alle EU-Kritiker längst ausgemacht, nämlich eine in ihren Augen überbordende EU-Gesetzgebung.

Der Vorwurf, die „Eurokraten“ in Brüssel würden an einer Regulierungswut leiden, die jedes Maß vermissen lasse, wurde etwa im Mythos von der EU-Vorschrift für die Krümmung von Gurken oder Bananen sprichwörtlich. Es müsse mehr auf nationaler Ebene entschieden werden, nur das Nötigste auf EU-Ebene, so ihr Argument.

Dabei wird die Grundstruktur der EU stets geflissentlich ausgeblendet: Die EU-Kommission hat zwar das alleinige Initiativrecht, kann also als einzige EU-Institution Gesetze vorschlagen. De facto folgt sie dabei aber meist einem Vorschlag des EU-Rats, also der nationalen Regierungen. Und ohne Zustimmung des EU-Rats kann kein EU-Rechtsakt verabschiedet werden.

**Langfristiger Trend**

Mit Blick auf die Abstimmung auf der britischen Insel hatte Jean-Claude Juncker im Herbst 2014 genau mit diesem Versprechen seinen Job als EU-Kommissionschef angetreten. Der Abbau von Bürokratie und das Zurückfahren der EU-Gesetzgebung wurde zur Chefsache erklärt. Dabei blieb es offenbar nicht nur bei Ankündigungen – eine Anfrage von ORF.at bei EU-Datendiensten



ergab, dass die EU schon seit Längerem die ihr von Gegnern unterstellte „Regulierungswut“ deutlich einbremst.

**Halbierung bei Gesetzen**

Wurden von 2000 bis 2005 noch 435 Verordnungen, also unmittelbar wirksame EU-Gesetze, beschlossen, waren es von 2011 bis 2015 nur noch 178 – und damit deutlich weniger als die Hälfte. Auch die Produktion von Richtlinien – EU-Gesetze, bei deren Umsetzung die Nationalstaaten eigenen Spielraum haben – ging ähnlich stark zurück. Wurden 2000 bis 2005 noch 1.294 Richtlinien beschlossen, verringerte sich diese Zahl in der Periode 2011-2015 ebenfalls auf mehr als die Hälfte.

**Von eins auf 320**

Auffällig allerdings ist, dass die Anzahl delegierter Rechtsakte im selben Zeitraum sprunghaft stieg. War es im Sechsjahreszeitraum von 2000 bis 2005 genau ein einziger, so wurden 2011 bis 2015 bereits 320 solcher Rechtsakte erlassen.

Mit diesen werden bereits bestehende EU-Gesetze geändert und aktualisiert – und zwar ohne neues Gesetzesverfahren,

(Fortsetzung auf Seite 6)

## In eigener Sache:

Bitte unterstützen Sie uns!  
Mit Ihrem Beitrag von nur

**€ 16,-**

ermöglichen Sie den Fortbestand unserer Schriftenreihe auch im 70. Bestandsjahr.

Für Ihre Unterstützung danken wir im Voraus!

**Bitte beachten Sie den beiliegenden Zahlschein!**

(Fortsetzung von Seite 5)

sondern direkt von der EU-Kommission. Es handelt sich dabei also um ein vergleichsweise schnelles Verfahren. Der Handlungsspielraum der Kommission für solche Rechtsakte ist allerdings begrenzt: Rat und Parlament definieren in jedem Gesetz im Vorhinein, welche Teile des jeweiligen Gesetzes durch Rechtsakte abgeändert werden dürfen.

### **Werkzeugkasten und Arbeitsprogramm**

Wie bei Verwaltungsapparaten üblich, geht das freilich nicht ohne Verwaltungsaufwand. Seit Juni des Vorjahres gibt es einen „Werkzeugkasten für Bessere Gesetzgebung“ – als PDF immerhin mehr als 400 Seiten lang. Es enthält genaue Anleitungen, wie Implementierungs- und Bewertungsberichte über Gesetzesinitiativen aussehen sollen.

Zehn Monate später haben die drei EU-Institutionen – Rat, Kommission und Parlament – gemeinsam eine Vereinbarung getroffen, die ebenfalls die Gesetzgebung schlanker, besser und schneller machen soll. Jährlich soll es nun ein gemeinsames Arbeitsprogramm geben. Darin müssen künftig die geplanten Gesetzesbeschlüsse aufgezählt werden – insbesondere aber auch Pläne, Gesetze aufzuheben, zu vereinfachen oder zurückzuziehen.

### **Delegierte Rechtsakte**

Anders als EU-Verordnungen und -Richtlinien, die von EU-Rat und -Parlament beschlossen werden, kann die Kommission delegierte Rechtsakte alleine erlassen. Damit werden in bestehendem EU-Recht etwa Regeln festgelegt oder Details angepasst. Delegierte Rechtsakte haben somit eine ähnliche Funktion wie Verordnungen im österreichischen Recht.

### **Aufwertung delegierter Rechtsakte**

Und: In Punkt 26 wird ausdrücklich auf die zunehmende Bedeutung von delegierten Rechtsakten hingewiesen.

„Werden diese in effizienter und transparenter Weise und in gerechtfertigten Fällen angewendet, sind sie ein integrales Werkzeug und fördern eine einfache, zeitgemäße Gesetzgebung und deren rasche Umsetzung“, heißt es darin.

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zeigt sich kurz vor dem „Brexit“-Referendum jedenfalls selbstkritisch. Nicht Europa, sondern die Kommission sei bei den Menschen unbeliebt: „Weil wir es versäumt haben, uns auf die großen Fragen zu konzentrieren, und uns gleichzeitig zu sehr in die Probleme der Staaten und Regionen einmischen“, so Juncker gegenüber dem „Spiegel“ (Onlineausgabe).

### **Das richtige Maß**

Zu viel Europa ende damit, „dass es Europa tötet. Genauso würde aber auch zu wenig Europa Europa töten“, so Juncker, der zugleich die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips betont. Seine Kommission habe daher, anders als ihre Vorgänger, nur rund 25 Projekte gestartet. In der Gesetzgebungsbilanz der Jahre 2000 bis 2015 spiegelt sich die Arbeit der Juncker-Kommission noch kaum wider, da sie erst seit Spätherbst 2014 im Amt ist. Hält sich Juncker an sein eigenes Versprechen, weniger zu regulieren, sollten die Zahlen künftig nochmals nach unten gehen.

Guido Tiefenthaler, ORF.at

## **Transparenz bis zum Teller**



Ing. Hermann Schultes

Auszüge aus einem Interview im KURIER (Stephan Scoppetta / 6.6.2016) mit HERMANN SCHULTES, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich.

*Hermann Schultes:*

„Schul- und Kindergartenkinder haben es verdient zu wissen, woher ihr Essen kommt“.

*Warum ist Ihnen die Kennzeichnung von Produkten in Verpflegungseinrichtungen wie zum Beispiel Krankenhäusern, Pflegeheimen, Schulen und Kindergärten besonders wichtig?*

Überall dort wo Menschen nicht frei entscheiden können, was sie zu essen bekommen, ist Transparenz bezüglich der Herkunft der eingesetzten Lebensmittel besonders wichtig. Patienten, Schul- und Kindergartenkinder beziehungsweise Eltern oder Bewohner von Pflegeheimen haben es verdient zu wissen, woher ihre Lebensmittel kommen. Es freut mich ganz besonders, dass Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll uns zugesichert hat, dass Niederösterreich als erstes Bundesland ab Sommer eine Herkunftsbe-

zeichnung in allen öffentlichen Verpflegungseinrichtungen, wo das Land Verantwortung trägt, einführen wird. Damit ist Niederösterreich hoffentlich beispielgebend für alle anderen Bundesländer. Denn die öffentliche Hand muss hier aus meiner Sicht eine Vorreiterrolle einnehmen, damit auch die private Gemeinschaftsverpflegung und Systemgastronomie sukzessive nachzieht.

*Die Preise für landwirtschaftliche Produkte – allen voran Milch und Schweinefleisch – sind auf einem Tiefstand. Ist die Initiative „Gut zu wissen“ auch als Förderung der heimischen Bauern zu verstehen?*

Uns geht es um den Schulterschluss zwischen Konsument, Verarbeiter, Handel und auch dem Hersteller. Nur wenn Fairness auf allen Ebenen besteht, dann ist auch in Zukunft eine hohe Lebensmittelqualität in Österreich gewährleistet.

*Reicht diese Initiative aus, den Bauern ein Auskommen zu gewährleisten?*

Diese Initiative ist ein wichtiger Schritt. Aber Fakt ist: Die Bauern bekommen für ihre Produkte derzeit nur sehr schlechte Preise. Seitdem Russland unsere Lebensmittel nicht mehr importieren will, haben wir uns um neue Märkte bemüht. Das beginnt zu wirken. Weltweit gibt es einen Bedarf für beste Qualität aus Österreich. Der Preisverfall muss ein Ende finden.

## **Hilfe für Christen in Not im Nahen Osten**

**Eine Solidaritätsaktion der AKV in Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen Christian Solidarity International (CSI), dem Hilfswerk Initiative Christlicher Orient (IOC) und Kirche in Not (KiN).**

**Der REICHSBUND, als Teilorganisation der AKV unterstützt diese Aktion.**

*Der Erzbischof von Wien Christoph Kardinal Schönborn:*

Die Hilfe für die von Verfolgung und Flucht betroffenen Menschen im Nahen Osten ist allemal effektiver und letztlich auch günstiger als in Europa Zäune zu errichten. Es ist ein Gebot der Stunde, die Hilfe für Christen in Not im Nahen Osten zu verstärken.

Damit soll den schwerbedrängten Christen, die dort das Erbe des Urchristentums hüten, das Überleben gesichert und eine Perspektive für die Zukunft gegeben werden.

# RB-TELEGRAMM – RB-TELEGRAMM – RB-TELEGRAMM

## Wir gratulieren!

### 75. Geburtstag

RB-Landesobmann Wien  
Peter Koptik

### Kard.Op.Rossi-Medaille der AKV

Univ.Prof.  
Dr. Wolfgang Mazal

### Ehrenmed. „Pro Merito“ des Europarates

Reg.Rat Anton Salesny

## Ottakring

**Dienstag, 21. Juni 2016,**  
Autobusfahrt nach Oberschützen, Mariasdorf, Uhrenmuseum u.dgl. Auskünfte und Anmeldung: Obmann Karl Degen, Tel. (01) 416 57 03.

## Döbling

**Freitag, 14. Oktober 2016,**  
19 Uhr  
New Orleans- und Dixieland

mit der AQUARIUS JAZZ-BAND.

**Freitag, 11. November 2016,**  
19 Uhr

Die MALAT SCHRAMMELN in Originalbesetzung.

Beide Veranstaltungen finden im Vereinshaus Wien 19, Hohe-nauergasse 12 statt.

Auskünfte:  
Obmann DI Gottfried Jorthan,  
Tel. 0699 10797763.

## Quit Freund

**Samstag, 24. September 2016**  
Autobusfahrt „Sonntagberg“. Bitte um rasche Anmeldung!

**Montag, 26. September 2016,**  
17 Uhr

„Heitere Erinnerungen“.

**Montag, 24. Oktober 2016,**  
17 Uhr, „Herbstfest“.

**Montag, 28. November 2016,**  
17 Uhr, „Besinnlicher Advent“.

**Montag, 12. Dezember 2016,**  
17 Uhr

„Vorweihnachtliche Einstimmung“.

Alle Zusammenkünfte finden im Vereinsheim Wien 20, Ospelgasse 30 statt.

**Jeden Dienstag ab 16 Uhr Klubabend Verende iinsheim.**  
Im August 2016 finden keine Klubabende statt.

Auskünfte und Anmeldungen:  
Obmann Erich Sobotka  
Tel. 0664 737 548 33 oder  
Maria Pelzl Tel. (01)332 37 31.

## Tulln St. Severin

**Donnerstag, 29. September 2016**

„Herbst-Spaziergang im Maria-zeller Land“

Auskünfte:  
Bbr. Heinz Gober,  
Tel. 0664 550 20 56.

## Reichsbund Gleisdorf

Trotz widriger Wetterverhältnisse besuchten 28 Wandergruppen und viele Familien den Wandertag der Europajugend Gleisdorf. Das Team um Obfrau Erika Weitzer sorgte für zwei gut markierte Strecken und die Verköstigung der Teil-

nehmer mit heimischen Produkten.

Anfragen und Auskünfte:  
Obfrau Erika Weitzer,  
Tel. 0664-1776457.

## Hollabrunn

**Freitag, 22. Juli 2016,** Seefestspiele in Mörbisch „Viktoria und ihr Husar“.

**Freitag, 5. August 2016,**  
Felsenbühne Staatz Musical „Artus-Excalibur“. Auskünfte und Anmeldungen:  
Franz Berger, Tel. 02952-4303.

## Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände

**BM Sebastian Kurz:** Zuwanderer müssen Beitrag zu Integration leisten! Bei einem Symposium der AKV führte Kurz weiters aus: „Weder rechte Hetze noch linke Träumerei bringen uns weiter“.

Zuwanderung ist für ein Land dann positiv, „wenn Menschen kommen, die einen Beitrag leis-

## Unsere Toten

Maria Altmann  
Tulln

Dr. Herbert Glaser  
Salzburg

Pfarrer i. R.

Prälat Leopold Kaupeny  
Wien

Oberschulrat

Konsulent Franz Lugmayer  
RB – Bundesleitungs – und  
Redaktionsmitglied Steyr

Hildegard Teichmann  
Wien

ten“. Man sollte Menschen nicht nach Hautfarbe, Herkunft oder Religion beurteilen, sondern danach, ob sie bereit seien, einen Beitrag in einem Land zu leisten. Wer in Österreich bleiben dürfe, müsse jedenfalls bestmöglich integriert werden.

## Wir erinnern uns:

Am 10. März war der 30. Todestag von

## Botschafter Dr. Franz Karasek

Karasek war Gründungspräsident (1954) und langjähriger Präsident der AKV, von 1979–1984 Generalsekretär des Europarates

Ein treuer Reichsbündler ist von uns gegangen.

Am 13. April 2016 ist unser langjähriges Bundesleitungs- und Redaktionsmitglied

## Oberschulrat Konsulent Franz Lugmayer

gestorben.

Der Oberösterreicher Franz Lugmayer war der Neffe von Unterstaatssekretär Bundesrat Dr. Karl Lugmayer. Dr. Lugmayer war in der Zwischenkriegszeit Bildungsreferent des Reichsbundes und u.a. Mitverfasser der Bundesziele, besser bekannt unter „Steyrer Bekenntnis“. Dr. Lugmayer war auch Redakteur der „Reichsbund Jugendwacht“.

Bundesbruder Franz Lugmayer war Nachlassverwalter des umfangreichen geistigen Erbes von Karl Lugmayer, so war er u.a. mitverantwortlich, dass im Jahr 2013 im Christlichen Vereinshaus in der Laudongasse in Wien eine Büste Karl Lugmayers einen bleibenden Platz fand.

Reichsbund-aktuell mit Sport. – Herausgeber, Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Reichsbund, Bewegung für christliche Gesellschaftspolitik und Sport, 1080 Wien, Laudongasse 16, Tel. 0664 233 60 23. – Herstellungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Grundsätzliche publizistische Richtung des Reichsbundes: Information und Schulung unserer Mitglieder im Sinne der christlichen Weltanschauung und Förderung der Jugend durch Sport. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung des Herausgebers entsprechen. Redaktion: Mag. Franz Karl, Walter Raming, Rudolf Taborsky (Michael Kosicek RB-intern, Sport, Layout, Fotos). Es gilt die Anzeigenpreisliste 9 vom 1. Jänner 1993. Bankverbindung: Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien, Reichsbund, IBAN: AT 57320000000086454.

# Spaltung / Neuorientierung

In den letzten Wochen sind mir viele „Schlagzeilen,, in den diversen Medien stark aufgestoßen, die insgesamt schwer, selbst für mich nicht immer leicht zuzuordnen



waren. Wohin geht die Reise und mit wem? Wo und wie wird die Meinung gemacht?

WALTER ZWIAUER

Wie steht es mit den demokratischen Beschlüssen?

Oder mit den Werten? Hat sich da etwas verändert in unserer Gesellschaft?

So mancher ist schon von „Wurschtigkeit“ befallen, andere sagen: Man „raunzt“ auf hohem Niveau.

In so machen Artikeln ist die Rede von Grundwerten! Von welchen Werten redet wer? Was sagt unser Gewissen, die Familie, die Kirche die Parteien, Radio, Fernsehen, Medien insgesamt usw.?

Ich bin überzeugt davon, dass das den Großteil der Konsumenten nicht kratzt.

Die Flüchtlingsthematik ist nach wie vor Gesprächsstoff mit unterschiedlichen Meinungen. Zu dem Thema habe ich schon in vorherigen Artikeln Stellung bezogen, und da hat sich nichts geändert, sondern in Wahrnehmung nur verstärkt. Da ist die ganze Welt gefordert, unsere gesamte Menschheit braucht nicht nur Grundwerte sondern Grundsolidarität, nur da spießt es sich mit der Tatkraft schon in Europa. Stichworte: Quote, Obergrenze, Richtwert, Zu- und Aufteilung, Kriminalität, Islamismus, Verteilung, Mindestsicherung, Deutschkurs.... usw.

In den Wochen rund um den Bundespräsidentenwahlkampf gab es Schlagzeilen, Plakate und qualifizierte Hinweise aus allen Lagern in einer besonderen Qualität. Zum Glück ist

der Wahlkampf nun vorbei oder doch nicht? Geht es mit Wahlanfechtung weiter?

Ganz pikant waren die Formulierungen Linksruck-Rechtsruck, Richtungswechsel, Spaltung des Landes in zwei Hälften. Bei einigen Wahlveranstaltungen und bei den Wahlen war ich selbst aktiv dabei und habe die geteilten Meinungen selbst gehört und natürlich auch mitgeprägt, denn bei dem, was man da alles gehört hat und sogar lesen durfte, bleibt ja kein Auge trocken. Nur das ist kla-



rerweise Demokratie. Man hört zu, sagt seine Meinung, aber es kommt dabei immer auf den Ton und den Inhalt an. Wenn aber dabei das Ziel ist, zu denunzieren oder auszugrenzen oder Stellvertreterkriege zu führen, wird es kritisch. Leider leben in der letzten Zeit sogar entstandene ganze Branchen davon. Vielfalt ist gut und aus meiner Sicht wichtig, aber das Lagerdenken oder die „Wir sind wir“-Haltung ist nicht von Vorteil.

Wir sitzen doch in einem Boot? Durch die Beschleunigungs- und Aktivierungsmühle gedreht, hat zumindest der/die Leserbriefschreiber den Übergang von der Staats- zur Selbstillusion nicht mitvollzogen.

Formulierungen, wie „Ich kann nicht mehr, ich will nicht mehr“ sind nicht zielführend.

„Der Kapitalismus, der Sozialismus, muss weg, wir sind freie Menschen“ funktioniert so nicht.

Jede radikale Kritik oder Anregung bringt nichts weiter, sie polarisiert nur. Aber auch Kritiker zu erschöpfen ist nicht in meinem Sinn.

Wer die Beschleunigungs- und Aktivierungsmaschine verändern möchte, kommt nicht umhin, diesen Zusammenhang in den Blick zu nehmen. Denn kultur- oder staatszentrierte Analysen mögen noch so brillant

sein, ohne eine theoretische und empirische und politische Ökonomie kommen sie nicht aus.

Von den Tagungen der Katholischen Sozialakademie habe ich den Satz in Erinnerung: „Gesetze und Gerechtigkeit sind nicht unwichtig, überflüssig oder falsch, aber sie haben nicht das letzte, alles entscheidende „Wort“!“

Wo die Kirche gegenwärtig ist, dort muss auch die Barmherzigkeit des Vaters sichtbar werden. Das heißt, überall wo Christen sind, muss ein jeder Oasen der Barmherzigkeit vorfinden können.

Oasen der Barmherzigkeit werden sichtbar bei den Initiativen zur Sicherung der Menschenwürde. Papst Franziskus fordert uns jedenfalls immer wieder auf, „an die Peripherie zu gehen“.

Wenn der Papst „von Peripherie“ spricht, meint er die Grenzen. Normalerweise bewegen wir uns in Räumen, die wir auf gewisse Weise kontrollieren. Das ist das Zentrum. Aber wenn wir uns vom Zentrum wegbegeben, entdecken wir mehr Dinge. Und wenn wir dann von jenen Dingen, die wir entdeckt haben, wieder auf das Zentrum schauen, von unseren neuen Positionen, von dieser Peripherie, sehen wir, dass die Wirklichkeit anders ist. Die Wirklichkeit sieht man besser von der Peripherie als vom Zentrum. Auch die Wirklichkeit des Menschen. Für mich sind daher Schlagzeilen das eine und Werte das andere.

Barmherzigkeit uns gegenüber beginnt dort, wo wir uns die Peripherie, die Ränder eingestehen und den Pfad der Umkehr, der Buße beschreiten.

Im Jahr der Barmherzigkeit können wir die Erfahrung machen, wie es ist, wenn wir unsere Herzen öffnen für alle, die an den unterschiedlichsten existenziellen Peripherien leben

**meint Euer Walter** ■